



## Regierungsratsbeschluss vom 18. Januar 2022

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;  
Änderung der Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung; Vernehmlassung; Zirkularbeschluss

---

**P220052**

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (mit E-Mail).

### **Begründung**

Der Regierungsrat befürwortet die vom Bundesrat vorgeschlagene befristete Aufhebung der Beschränkung der Kurzarbeitsentschädigung auf vier Abrechnungsperioden für Arbeitsausfälle von über 85 Prozent. Ebenso befürwortet er die Verlängerung der Geltungsdauer der Erhöhung der Höchstdauer für den Bezug von KAE auf 24 Monate. Mit diesen beiden Änderungen der Verordnung kann verhindert werden, dass Mitarbeitende von besonders durch die Covid-19-Krise betroffenen Unternehmen entlassen werden müssen. Die Verlängerung der Höchstdauer auf 24 Monate schliesst ausserdem eine Lücke, die für Unternehmen besteht, die in den ersten Monaten auf diese Versicherungsleistungen noch verzichten konnten. Insgesamt können mit den Massnahmen nicht nur Arbeitsplätze langfristig erhalten werden, sondern die Unternehmen sind bei einem Abflachen der Krise dank dem weiterhin vorhandenen Personal auch rasch in der Lage, ihre wirtschaftliche Tätigkeit und damit die Wertschöpfung wieder auszudehnen.

